

## **Entschließungsantrag**

**der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN**

**zum „Vierzehnten Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher  
Staatsverträge (Vierzehnter Rundfunkänderungsstaatsvertrag) (Drs. 15/17)“**

### **Wahrung der Netzfreiheit und effektiven Jugendmedienschutz gewährleisten – für eine zügige Revision des Jugendmedienschutzstaatsvertrags**

#### **I. Ausgangslage**

Für die abgewählte Landesregierung hat der Ministerpräsident den 14. Rundfunkänderungsstaatsvertrag am 10. Juni 2010 unterzeichnet. Die Schlussverhandlungen fielen somit in die Phase des Regierungswechsels und der Neukonstituierung des Landtags. Zu diesem Zeitpunkt waren bereits alle Entscheidungen zur Ausgestaltung des Jugendmedienschutzstaatsvertrags (JMStV) durch die am 9. Mai abgewählte CDU-FDP-Landesregierung getroffen worden.

Der Jugendmedienschutzstaatsvertrag wurde in der Fachwelt kontrovers diskutiert. Neben Befürwortern, die den Novellierungsentwurf begrüßen, gibt es eine Reihe von Kritikerinnen und Kritikern. Die Folgen des novellierten JMStV für die Anbieterinnen und Anbieter netzkultureller Güter werden durch die Kritiker als nicht absehbar, sein jugendschutzpolitischer Effekt als zweifelhaft betrachtet. Zugleich wird konstatiert, dass der Jugendschutz in Deutschland, im Vergleich zu anderen Ländern, bereits sehr weit entwickelt ist.

In der Diskussion im Rahmen der Anhörung am 4. November 2010 wurde deutlich, dass nicht alle Vorbehalte gegen den vorliegenden Entwurf ausgeräumt werden konnten. Hierzu gehören, dass die zu entwickelnde Filtersoftware noch nicht vorliegt und die Evaluation erst nach drei Jahren eine Überprüfung möglich macht. Weiterhin wird von einigen Kritikerinnen und Kritikern befürchtet, dass es bei der Alterskennzeichnung der Seiteninhalte zu Problemen kommen kann, wodurch sich

Anbieter in der Gestaltung ihrer Angebote einschränken könnten. Ebenso besteht laut einigen Kritikerinnen und Kritikern die Gefahr vermehrter und möglicherweise missbräuchlicher Abmahnungen.

## **II. Der Landtag stellt fest**

Der Landtag wird intensiv beobachten, ob sich die Bedenken der Kritikerinnen und Kritiker zum JMStV bestätigen. Sollte der JMStV zu einer unverhältnismäßigen Einschränkung der Netzkultur führen, wird der Landtag schnellstmöglich Gegenmaßnahmen einleiten und die Landesregierung beauftragen, sich bei den anderen Ländern für eine zügige Novellierung des JMStV einzusetzen.

Die Netzkultur ist ein integraler Bestandteil der Lebenswelt insbesondere von Kindern und Jugendlichen geworden. Durch das Internet sind kreative Räume entstanden, die auch im realen Leben positive gesellschaftliche, soziale und ökonomische Wirkung entfalten. Diese freiheitliche Kultur zu erhalten, zu fördern und auszubauen, bleibt ein zentrales netzpolitisches Ziel des Landtags.

Kinder- und Jugendmedienschutz sind nach Auffassung des Landtags keine Herausforderungen, die allein durch den Einsatz technischer Mittel bewerkstelligt werden können. Vielmehr ist eine deutliche Verstärkung der Medienkompetenz sowohl bei Kindern und Jugendlichen als auch bei ihren Eltern sowie Lehrerinnen und Lehrern, dringend geboten. Der Landtag begrüßt das Vorhaben der Landesregierung, die Vermittlung von Medienkompetenz in allen Lebensbereichen zu verankern, sowie die entsprechenden Medienkompetenz- Aktivitäten, die bereits seit Jahren von der Landesanstalt für Medien durchgeführt werden.

Die Einbeziehung netzpolitischer Sachverstands bei Beschlüssen und Gesetzgebungsvorhaben, die das Internet betreffen, erscheint für die Zukunft unerlässlich. Der Dialog mit der Netzgemeinde muss ausgebaut werden. Der Landtag wird hierzu geeignete Wege entwickeln müssen und offen für Innovation sein.

## **III. Der Landtag beschließt:**

- a. Die Landesregierung wird aufgefordert, zusätzlich zur Evaluation nach drei Jahren eine regelmäßige Berichterstattung im Abstand von sechs Monaten in öffentlicher Sitzung des Haupt- und Medienausschusses abzugeben.

Schwerpunkte der Evaluierung sind:

- eine fundierte Analyse der Gefährdungspotenziale für Kinder und Jugendliche auf deutschen Internetseiten;
  - eine Analyse der Alterseinstufungen von Internetseiten gem. § 5 JMStV mit den Schwerpunkten Aufwand und Rechtssicherheit für Anbieter, Overblocking-Effekte nebst möglicher Einschränkungen der Netzkultur durch diese, Underblocking-Effekte und ihre jugendschutzpolitischen Konsequenzen;
  - Entwicklungsstand der eingeforderten Filtersoftware der Jugendschutzprogramme;
  - Tatsächlich vorgenommene Alterskennzeichnungen auf Seiten von Websitebetreibern und Anzahl der Klassifizierungen für die unterschiedlichen Altersgruppen;
  - Erfahrungen mit dem Einstufungssystem der Freiwilligen Selbstkontrolle Multimedia-Diensteanbieter e.V. (FSM) und kam es zu Problemen bei der Durchführung durch die Anbieter;
  - Erfahrungen der Zugangsbeschränkungsmöglichkeiten, hier insbesondere der Zugangsregulierung über Sendezeiten;
  - Auswirkungen der Zugangsregulierung des JMStV auf die Internetwirtschaft und
  - Information und Bericht über bekanntgewordene Abmahnungen falsch klassifizierter Seiten und Konsequenzen daraus
- b. Die Landesregierung wird aufgefordert, innerhalb eines Jahres Möglichkeiten zu prüfen und im Haupt- und Medienausschuss vorzustellen, in wieweit Crowdsourcing-Modelle (also die Einbeziehung der Intelligenz der Masse der Nutzerinnen und Nutzer) mit Jugendschutzprogrammen kombiniert werden können.
- c. Die Landesregierung wird mit der Einrichtung von Strukturen beauftragt, die eine Einbeziehung der Netzgemeinde in netzpolitisch bedeutsame Gesetzgebungsvorhaben gewährleistet. Diese können beispielsweise in der Implementierung von Möglichkeiten der Online-Konsultation auf Basis des Dialogs „Perspektiven deutscher Netzpolitik“ des Bundesinnenministeriums

oder der Bildung eines netzpolitischen Beirats bestehen. Ziel ist der Dialog mit Netzaktivistinnen und Netzaktivisten über die Ausgestaltung des Prozesses der Digitalisierung in Nordrhein-Westfalen.

- d. Sollte sich herausstellen, dass nach einem Jahr die von Kritikern befürchteten negativen Folgen der Novellierung des JMStV (Abmahnwellen, Nicht-Vorliegen von zertifizierter Filtersoftware, erhebliche Einschränkung kultureller Inhalte im Netz) eingetreten sind, so wird die Landesregierung beauftragt, Verhandlungen mit den anderen Bundesländern über eine erneute Novellierung des JMStV aufzunehmen.

Norbert Römer  
Britta Altenkamp  
Prof. Dr. Rainer Bovermann  
Alexander Vogt  
und Fraktion

Reiner Priggen  
Sigrid Beer  
Matthi Bolte  
und Fraktion